

Praxisbericht „Vom interregionalen Gewerkschaftsrat bis Fairwork“

von Stefanie Kern, MSc, Dorottya Kickingier, BA und Mag.a Gabi Tremmel-Yakali

Beitrag zum Track #2: Vielfalt organisieren
Alternativ Track #4: Europa: in Vielfalt vereint

„Vom interregionalen Gewerkschaftsrat bis Fairwork“

Eine Zusammenschau der Initiativen von AK und Gewerkschaften im Burgenland zur besseren Vertretung und Organisation von ausländischen Kolleginnen und Kollegen

Im Jahr 2016 waren im Burgenland 100.929 Menschen unselbstständig beschäftigt. Darunter waren 23.027 Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Das entspricht 22,8 % aller im Burgenland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die größte Gruppe unter den ausländischen Beschäftigten sind seit Jahren Ungarinnen und Ungarn. 2016 waren im Burgenland 14.907 ungarische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt. Der Großteil von ihnen kommt als Tagespendlerinnen und Tagespendler zum Arbeitsplatz ins Burgenland. Aus der Beratungsleistung der AK und der Gewerkschaften sowie aus Befragungen und Erhebungen wissen wir, dass viele ungarische Kolleginnen und Kollegen nach wie vor um wesentliche Bestandteile ihrer Entlohnung betrogen werden. Das reicht vom Nichtbezahlen von Weihnachts- und Urlaubsgeld bis hin zu Falschmeldungen bei der Gebietskrankenkasse. Dieses Lohndumping schlägt sich auch im Medianeinkommen der im Burgenland beschäftigten ArbeitnehmerInnen nieder: Dieses beträgt mittlerweile nur noch 84 % des durchschnittlichen österreichischen Medianeinkommens – hat sich also in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert. Soviel zur derzeitigen Situation.

Der Praxisbericht soll zeigen, dass sich sowohl der ÖGB als auch die Fachgewerkschaften und die Arbeiterkammer angesichts des sich verändernden Europas sehr früh zum Ziel gesetzt haben, neue Kolleginnen und Kollegen bestmöglich zu vertreten, sie in die gewerkschaftliche Arbeit einzubinden (zB als BetriebsrätInnen) und gleichzeitig die Strukturen und Standards auf beiden Seiten nachhaltig zu verbessern. In welchen Bereichen das gelungen beziehungsweise wo man regional an Grenzen gestoßen ist, das soll anhand einer Zusammenschau sämtlicher Initiativen, Aktivitäten und Projekte der letzten 20 Jahre gezeigt werden. Und tatsächlich wird Vielfalt im Burgenland in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen ungarischen und burgenländischen KollegInnen seit rund 20 Jahren bewusst organisiert.

Im Zuge der Errichtung einer Europa-Region (Euregio) Burgenland-Westungarn im Jahre 1998 machten sich auch die Gewerkschaften in beiden Ländern auf, um eine gemeinsame Plattform für den Austausch und die bessere Zusammenarbeit zu gründen. Bereits im Jahr 1999 wurde der erste Vertrag zur Errichtung des Interregionalen Gewerkschaftsrates unterzeichnet. Seither haben sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeiterkammer im Burgenland zahlreiche Initiativen und Projekte gestartet. Zwischen 2002 und 2007 lag der Fokus auf den Bereichen Arbeitsrecht, Sozialstandards, ArbeitnehmerInnenschutz, Gleichberechtigung von Frauen, Jugendlichen und behinderten ArbeitnehmerInnen sowie den bestehenden Unterschieden bei der Entlohnung. Eine zentrale Projektmaßnahme war der Aufbau einer zweisprachigen Rechtsberatung. 2007 bis 2013 galt das Projekt „Zukunft im Grenzraum“ bereits den Vorbereitungen auf den Wegfall der Übergangsfristen. Während dieser Zeit lag die Lohndifferenz zwischen Österreich und Ungarn noch immer bei 1:5. Gleichzeitig stellte das IFES-Institut fest, dass legal beschäftigte ungarische ArbeitnehmerInnen im Vergleich zu burgenländischen ArbeitnehmerInnen für dieselbe Tätigkeit um bis zu 40 % weniger Lohn erhalten. Bereits 2007 war daher damit zu rechnen, dass es im Zuge des Wegfalls der Übergangsfristen zu einem verstärkten Druck auf den burgenländischen Arbeitsmarkt durch Lohndumping und dem Unterlaufen von arbeits- und sozialrechtlichen Standards kommen wird. Vor allem das nach wie vor bestehende Informationsdefizit ungarischer ArbeitnehmerInnen betreffend ihrer arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche wurde neuerlich als Problem identifiziert. Zwischen 2007 und 2013 setzte man daher verstärkt auf zweisprachige Rechtsberatungen, zweisprachige Informationsveranstaltungen sowie zweisprachige Publikationen. Als ein Folgeprojekt wird die Beratung mittlerweile auch auf Rumänisch angeboten (MIG). Vor allem Sprache als Hürde macht sich auch in der arbeitsrechtlichen Beratung der AK bemerkbar – umso intensiver ist daher die Zusammenarbeit zwischen den ProjektmitarbeiterInnen und der Rechtsberatung der AK. Auf Seiten der AK gibt es außerdem seit 2013 eine ungarische Ausgabe der AK-Zeitung „AKInfo“, die regelmäßig per Post an die Wohnadressen der Kolleginnen und Kollegen nach Ungarn verschickt wird.

Damit sind die Projekte und Initiativen nur angerissen. Der Praxisbericht soll bei Fertigstellung nicht nur die Projekte ausführlicher beschreiben, sondern auch dokumentieren, wie sich diese Initiativen in den Zahlen niederschlagen: Wie steht es um die aktuelle Lohndifferenz? Wie geht's in der Beratung? Welche Probleme sind aus der Beratung verschwunden? Welche sind neu aufgetaucht? Wie schlagen sich Schulungsmaßnahmen nieder? Wie viele ungarische Kolleginnen und Kollegen sind mittlerweile als BetriebsrätInnen aktiv? Wie viele sind als Gewerkschaftsmitglieder engagiert? usw. All das muss noch aufgearbeitet werden. Ebenso wie die Fragestellung: Wo stoßen regionale Initiativen zwischen Burgenland und Westungarn an Grenzen? Und wie weit sind wir von Fairwork (Projekttitel Interreg 2014-2020) noch entfernt?